

KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**

*mit
Vertrauen*
IN DIE ZUKUNFT

Mit dem Jahresmotiv 2017 „Mit Vertrauen in die Zukunft“ setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung zum Ziel, das Vertrauen in die Demokratie ebenso zu stärken wie das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit unseres Landes. Vor allem junge Menschen sollen ermuntert werden, sich ihrer Gestaltungsmöglichkeiten bewusst zu werden und sie zu nutzen. Denn Zukunft ist nicht Schicksal, sondern beinhaltet einen Auftrag zur Gestaltung.



POLITISCHER DIALOG:
Julia Klöckner MdB und Benjamin Netanjahu besprachen die deutsch-israelischen Beziehungen.



EUROPAPOLITIK:
Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert auf der ersten Deutsch-Französischen Literaturkonferenz in Reims



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG:
Präsident Nana Akufo-Addo und Dr. Hans-Gert Pöttering – gemeinsam für ein starkes Ghana



AFRIKAS WIRTSCHAFTLICHE TRANSFORMATION IM KONTEXT DER G20-PARTNERSCHAFT

Für die Bundesregierung ist Afrika eine Schwerpunktregion der diesjährigen deutschen G20-Präsidentschaft. Vor diesem Hintergrund fand im Vorfeld des Hamburger Gipfeltreffens am 12. und 13. Juni erstmals eine G20-Afrika-Konferenz in Berlin statt.

Auch das Team Afrika südlich der Sahara der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema. Unter der Schirmherrschaft von Andreas Lämmel MdB, Vorsitzender des Afrika-Kreises der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fand im Deutschen Bundestag die Fachgesprächsreihe „G20 – Deutschlands Engagement für Afrika“ statt, bei der die Themen Migration, der sogenannte Compact with Africa sowie die Transformation afrikanischer Ökonomien im Vordergrund standen. Zu letzterem Thema veranstaltete die KAS zusammen mit dem African Center for



Dr. Kingsley Y. Amoako, Präsident des ACET, bei seiner Keynote auf der Transformationskonferenz

Economic Transformation (ACET) aus Ghana am 11. Mai zudem die internationale Konferenz „Afrikas wirtschaftliche Transformation im Kontext der G20-Partnerschaft“, um Impulse für die anstehenden Verhandlungen der Bundesregierung mit afrikanischen Staaten zu setzen.

INHALT

- Seite 2
Editorial
- Seite 3
Schwerpunktthema
- Seite 4
Politischer Dialog
- Seite 8
Demokratie und Entwicklung
- Seite 11
Energie-, Klima- und Umweltpolitik
- Seite 12
KAS-Panorama
- Seite 14
Europapolitik
- Seite 16
Wirtschafts- und Sozialordnung
- Seite 18
Werte- und Religionsdialog
- Seite 20
Rechtsstaat
- Seite 22
Medien
- Seite 23
Namen und Gesichter
- Seite 24
Neuerscheinungen

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



es ist keine zehn Jahre her, dass sich die Staatsoberhäupter der führenden Schwellen- und Industriestaaten erstmalig im G20-Format trafen. Die damals schwelende Wirtschafts- und Finanzkrise zwang zu einer wirtschaftspolitischen Koordinierung, die im Rahmen der kleineren G8-Gruppe nicht zu bewältigen gewesen wäre. Seither hat sich die Notwendigkeit intergouvernementaler Abstimmung verstärkt. Globalisierung und Digitalisierung binden unsere Welt enger zusammen und erzeugen ungeahnte Dynamiken – Abwehrreaktionen in und zwischen Volkswirtschaften eingeschlossen, da sich durch fortschrittbedingten Strukturwandel gesellschaft-

liche Veränderungen ergeben und Machtverhältnisse neu kalibriert werden. Diese technisch-ökonomische Veränderungswucht sowie politische Spannungen durch eine multinationale Ordnung einzuhegen, bleiben zentrale Ziele der disparaten G20-Gruppe, die immerhin zwei Drittel der Weltbevölkerung, vier Fünftel des weltweiten Bruttoinlandsproduktes und drei Viertel des Welthandels auf sich vereinen. Die Schwierigkeiten bei der Bewältigung dieser Aufgabe liegen auf der Hand, weil unterschiedliche Ordnungsvorstellungen zusammengebracht werden müssen.

Was zu Zeiten von Schmidt und Giscard d'Estaing in Umrissen deutlich wurde, ist heute allen klar: Transnationale Komplexität und überlappende globale Probleme können am ehesten durch Gestaltungsmächte adressiert werden. So richtig die Feststellungen hinsichtlich der Legitimität und Effektivität des „G20-Clubs“ sind – realpolitische Alternativen zu dieser Institution sind bis auf Weiteres nicht erkennbar, um Terrorismus, Klimawandel und Handelsfragen zu adressieren. Im Bundestagswahljahr 2017 fiel nun Deutschland erstmalig die G20-Präsidentschaft zu und ermöglichte, prägenden Einfluss auf einen unvollständigen, internationalen Ordnungsrahmen zu nehmen. Es galt, Fliehkräfte im westlichen Bündnis einzuhegen sowie latente Spannungen im Verhältnis verschiedener Nationen zueinander zu moderieren. Im Hinblick auf die äußerst schwierige Akteurs- und Interessenskonstellation kann sich die Abschlusserklärung sehen lassen, da man sich gemeinsam gegen Protektionismus aussprach, der Pariser Klimakonsens – mit Ausnahme der USA – bestätigt wurde und augenscheinlich eine Waffenruhe für Teile Syriens ausgehandelt werden konnte. Jenseits der politischen Agenda muss es künftig besser gelingen, Gewalt-Touristen zu stoppen. Turnusmäßig wird Argentinien im nächsten Jahr den G20-Vorsitz übernehmen und bemüht bleiben, die internationale Zusammenarbeit nicht abreißen zu lassen.

Auch die Konrad-Adenauer-Stiftung sucht, im Geist der Kooperation, den internationalen Austausch über Fragestellungen, die die Weltgemeinschaft bewegen und zu deren Lösung auch Deutschland beizutragen vermag. Davon zeugen dutzende Veranstaltungs- und Gesprächsformate, die wir – vor dem Hintergrund der deutschen G20-Präsidentschaft – weltweit initiiert und in dieser Ausgabe exemplarisch zusammengetragen haben.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen

Gerhard Wahlers

Dr. Gerhard Wahlers

Stellvertretender Generalsekretär

Leiter Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktion

- Paul Linnarz
(Gesamtkoordination)
- Benjamin Gaul
- Dr. Anja Schnabel
- Thomas Birringer
(Nahe Osten und Nordafrika)
- Rabea Brauer
(Asien und Pazifik)
- Dr. Lars Hänsel
(Europa und Nordamerika)
- Andrea Ellen Ostheimer
(Afrika südlich der Sahara)
- Markus Rosenberger
(Lateinamerika)

kas-international@kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign, Köln

Bildnachweis

KAS

© 2017

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



ClimatePartner[®]
klimaneutral

Druck | ID 11531-1709-1004

v.l.: Olaf Jacob, Leiter der KAS Argentinien, Außenministerin Susana Malcorra und Botschafter Jorge Argüello

SCHWERPUNKTTHEMA ■

ARGENTINIEN:

KONFERENZ ZUR LATEINAMERIKANISCHEN G20-AGENDA

Am 30. März organisierte die KAS in Buenos Aires gemeinsam mit der Embajada-Abierta-Stiftung und der Universität von Belgrano die erste Konferenz zum G20-Vorsitz Argentiniens, das turnusgemäß 2018 auf Deutschland folgen wird. An der internationalen Veranstaltung nahmen neben Botschaftern, Akademikern, Diplomaten und den lateinamerikanischen Sherpas (Mexiko, Brasilien, Argentinien) auch Wissenschaftler der Troika-Staaten Volksrepublik China (CASS), Bundesrepublik Deutschland (DIE) und Republik Argentinien (CARI) teil. Im Fokus der Konferenz standen sowohl die Übergabe des G20-Vorsitzes von

Deutschland an Argentinien als auch die Prioritäten der argentinischen Agenda. Zudem wurde über die Grundlinien der Gipfeltreffen 2017 in Hamburg und 2018 in Argentinien gesprochen. Ferner äußerten sich die Sherpas zu den gemeinsamen Positionen der lateinamerikanischen Staaten, bevor die argentinische Außenministerin Susana Malcorra abschließend Bezug auf die inhaltliche Ausrichtung des G20-Treffens im kommenden Jahr nahm. Botschafter Jorge Argüello, Präsident der Embajada-Abierta-Stiftung, und der Leiter der KAS Argentinien, Olaf Jacob, moderierten das Gespräch mit der Außenministerin.

KASACHSTAN:

TRENDS IN DER GLOBALEN INTERESSENDURCHSETZUNG

Anlässlich des deutschen G20-Vorsitzes und des 25. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Kasachstan fand am 12. und 13. April in Astana eine Vortragsveranstaltung mit anschließender Podiumsdiskussion zum Thema „Trends in der globalen Interessendurchsetzung“ statt.

Dabei wurde der Frage nachgegangen, ob weltweit eine geringere Rücksichtnahme bei der Durchsetzung nationaler Interessen in der Außenpolitik erkennbar sei. Auch wurde diskutiert, welcher Stellenwert bilateralen Beziehungen vor dem Hintergrund eines zunehmenden Drucks auf multilaterale Organisationen heute zukommt. Die Hauptrede hielt der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Manfred Grund MdB, der sich im Rahmen einer Delegationsreise der deutsch-zentralasiatischen Parlamentariergruppe in Kasachstan aufhielt. Daneben konnten der Botschafter der Europäischen Union in Kasachstan S.E. Traian Hristea, der kasachische Vize-Außenminister Roman Vassilenko, Deutschlands Botschafter S.E. Rolf Mafael sowie Volkmar Vogel MdB als Redner gewonnen werden.

Manfred Grund MdB,
Parlamentarischer
Geschäftsführer
der Unionsfraktion
im Deutschen
Bundestag



■ POLITISCHER DIALOG



Paul Ziemiak im Gespräch mit Olgierd Geblewicz und Dr. Hans-Gert Pöttering (v.l.)

„IDEEN FÜR EUROPA“

DR. HANS-GERT PÖTTERING UND PAUL ZIEMIAK IN STETTIN

Im Vorfeld des EU-Gipfeltreffens und der Wahl des Präsidenten des Europäischen Rats am 9. März reiste der Vorstandsvorsitzende der KAS und Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Dr. Hans-Gert Pöttering, zusammen mit dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union, Paul Ziemiak, nach Stettin. Hier nahmen sie an einem umfangreichen Dialogprogramm teil, das den aktuellen deutsch-polnischen Beziehungen sowie den Zukunftsfragen der EU gewidmet war. Während einer Podiumsdiskussion des Stettiner Bürgerklubs mit dem Marschall von Westpolen, Olgierd Geblewicz, sprach sich Dr. Pöttering für die Wahl Donald Tusks zum Ratspräsidenten aus.

Im Rahmen der Diskussionsveranstaltung „Ideen für Europa“ stellte der Vorstandsvorsitzende an der Universität Stettin sein Buch „Wir sind zu unserem Glück vereint – Mein europäischer Weg“ einem interessierten Publikum vor. Darüber hinaus wurden Dr. Pöttering und Ziemiak von Generalleutnant Manfred Hofmann, Kommandeur des Multinationalen Militärkorps Nordost der NATO, über die aktuelle Bedrohungslage sowie Art und Qualität der Rückversicherungsmaßnahmen im nordöstlichen Raum des Bündnisses informiert und tauschten sich über den deutschen Beitrag im Baltikum aus.

„DISTANCE DOESN'T MATTER“ – NEUES REGIONALPROGRAMM AUSTRALIEN UND PAZIFIK IN CANBERRA ERÖFFNET

Über 150 Gäste aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, darunter die First Lady, Lucy Turnbull, nahmen an der Eröffnungsfeier des neuen KAS-Auslandsbüros am 22. März in Canberra teil. Der australische Finanzminister Mathias Cormann, zugleich Vorsitzender der Deutsch-Australischen Beratergruppe, bestätigte das Interesse der australischen Regierung an einer Vertiefung des Austauschs mit Deutschland. Volkmar Klein MdB, Vorsitzender der Deutsch-Australisch-Neuseeländischen Parlamentariergruppe, betonte, wie wichtig Partnerschaften zwischen Staaten seien, deren Politik auf Menschlichkeit und individuellen Freiheiten fußt. Dr. Gerhard Wahlers

hob die Bedeutung des neuen Standorts für die internationale Arbeit der Stiftung hervor, dessen Arbeitsschwerpunkt im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie des Parlamentarier- und Parteiendialogs als Brücke zwischen Deutschland, Australien, Neuseeland und dem Südpazifik dienen solle.



v.l.: Dr. Gerhard Wahlers, Stellv. KAS-Generalsekretär, Lucy Turnbull, Mathias Cormann, Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin der KAS Australien und Pazifik, Volkmar Klein MdB und Gerda Winkler, Chargé d'Affaires a.i. der Deutschen Botschaft Canberra

EXPERTENAUSTAUSCH EU-TÜRKEI-VEREINBARUNG: ERWARTUNGEN UND UMSETZUNG

Im Rahmen eines Expertenaustauschs der KAS vom 2. bis 5. Juli in Ankara wurde der Dialog mit türkischen Gesprächspartnern aus Regierung, Parlament, NGOs, UN-Organisationen, Wissenschaft und Think-Tanks gesucht, um gemeinsam die türkische Flüchtlingspolitik zu besprechen. Die Türkei ist aktuell mit etwa 3,3 Millionen Flüchtlingen das wichtigste Aufnahmeland weltweit. Diese Herausforderung für Staat und Gesellschaft wurde seit 2012 engagiert angenommen: Ein eigenes Asylrecht wurde entwickelt, neue Behörden geschaffen und erhebliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Seit der EU-Türkei-Erklärung vom 18. März 2016 unterstützt die EU die Türkei bei der Versorgung der Flüchtlinge. Im Gegenzug unterbindet die Türkei irreguläre Migration über die Ägais. Tatsächlich hat sich die Situation der Flüchtlinge in der Türkei verbessert und der Migrationsdruck wurde verringert, gleichzeitig muss die Umsetzung der Erklärung weiter vorangetrieben werden.



KAS-Experten-Gruppe im Gespräch mit Gerald Knaus, dem Architekten der EU-Türkei-Vereinbarung

Dr. Kristin Wesemann (Mitte) mit Dr. Klaus Schüler (r.), Vincent Kokert (l.) und den Teilnehmern des Campus Adenauer zum Thema Wahlkampfmanagement in Lateinamerika



Die Teilnehmer des IX. Zukunftsforums vor dem Weingut Schloss Wackerbarth

IX. ZUKUNFTSFORUM DER KAS MOSKAU AUF SCHLOSS WACKERBARTH

Bereits zum neunten Mal trafen sich Politiker und Experten aus Deutschland, Russland und Zentralasien zum jährlichen Zukunftsforum auf Schloss Wackerbarth in Sachsen. Unter dem Titel „Konstanten im Wandel“ war das diesjährige Forum einem breiten Themenspektrum aus Politik und Wirtschaft gewidmet. So wurden politische Konstanten, die angesichts der zahlreichen rasanten Änderungen und Unwägbarkeiten nach wie vor Orientierung geben, ebenso diskutiert wie die grundsätzliche Frage, ob sich ebendiese Konstanten heute in Veränderung befinden. Mit dieser Herangehensweise widmeten sich die Experten aktuellen Tendenzen in der Innen- und Außenpolitik, auf den Energiemärkten und in den Handelsbeziehungen sowie Fragen zur Sozialen Marktwirtschaft in Russland, zentralasiatischen Ländern und Deutschland.

WAHLKAMPFEXPERTEN AUS LATEIN- AMERIKA UND DEUTSCHLAND BEIM CAMPUS ADENAUER IN MONTEVIDEO UND BUENOS AIRES

Das Regionalprogramm Parteienförderung in Lateinamerika lud im April 25 Kampagnenchefs und Wahlkampfexperten der KAS-Partnerparteien nach Montevideo und Buenos Aires ein. Dr. Klaus Schüler, Bundesgeschäftsführer der CDU, gab einen Überblick über die wichtigsten Trends sowie „Dos and Don'ts“ moderner Wahlkampfführung. Für eine erfolgreiche Kampagne sei das Zusammenspiel von Strategie, Kommunikation und Organisation entscheidend. Vincent Kokert, CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, erklärte das politische Panorama vor der Bundestagswahl im September. Nach dem Input der lateinamerikanischen Wahlkampfberater zeigte sich Dr. Schüler erfreut darüber, dass die Demokratie in der Region lebendig und kräftig sei. Es sei zudem eine gute Nachricht, dass die Wähler wieder stärker in den Mittelpunkt rückten, denn damit würde die Konjunktur für christdemokratische Werte begünstigt.



POLITISCHER DIALOG ■

JULIA KLÖCKNER MdL IN ISRAEL

Vom 17. bis 20. Juni besuchte die stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, Julia Klöckner MdL, Israel. Erklärtes Ziel ihres Aufenthalts war es, die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel zu intensivieren, israelische Gesprächsteilnehmer über wichtige Entwicklungen in Deutschland im Vorfeld der Bundestagswahl zu informieren und Kontakte zu Vertretern der israelischen Wirtschaft aufzubauen. Angesichts des viel kritisierten Besuchs von Außenminister Sigmar Gabriel Ende April waren Gespräche auf hoher politischer Ebene von großer Bedeutung, weshalb das Gespräch mit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einen gelungenen Abschluss des von der KAS organisierten Besuchsprogramms darstellte.



Julia Klöckner MdL mit dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu

DELEGATIONSREISE VON DR. GERHARD WAHLERS IN DEN IRAK

Der sogenannte Islamische Staat gerät im Irak militärisch zunehmend unter Druck. Aktueller denn je stellt sich damit die Frage nach der zukünftigen politischen Ausgestaltung des Landes. Um sich ein Bild von der Lage vor Ort und der komplexen Konfliktsituation zu machen, besuchte Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender Generalsekretär der KAS, im Mai fünf Tage lang den Zentralirak und die Autonome Region Kurdistan. In Bagdad standen Gespräche mit dem irakischen Innenminister Qasim al-Araji und weiteren hochrangigen Regierungsvertretern, Abgeordneten und Vertretern der Zivilgesellschaft auf dem Programm. In anderen Städten führte er Gespräche mit Oberbefehlshabern der kurdischen Peshmerga, Politikern unterschiedlicher kurdischer Parteien sowie Vertretern der kurdischen Regionalregierung und der Ausbildungsmission der Bundeswehr. Dabei wurde deutlich, dass eine nachhaltige Stabilisierung des Irak die Aussöhnung zwischen den unterschiedlichen religiösen und ethnischen Gruppen, den Wiederaufbau der befreiten Gebiete und die Schaffung wirtschaftlicher Perspektiven voraussetzt.



Dr. Wahlers beim Besuch des KAS-Partners al-Nahrain Center for Strategic Studies in Bagdad mit Dr. Safaa al-Sheikh, stellvertretender nationaler Sicherheitsberater, (2.v.r.)

Sven-Joachim Irmer,
Leiter der KAS Türkei,
bei seiner Eröffnungsrede



ISTANBUL SECURITY CONFERENCE 2017

Vom 7. bis 9. Mai veranstaltete die KAS Türkei gemeinsam mit der Başkent Universität den bisherigen Sicherheitspolitischen Dialog erstmals unter dem neuen Namen Istanbul Security Conference (ISC). Die Konferenz mit dem Titel „Boundless Crisis, Integrity and Security“ richtete sich an Politiker, Diplomaten, Experten und Akademiker aus unterschiedlichen Ministerien, internationalen Organisationen sowie verschiedenen türkischen und deutschen Universitäten. Hochrangige Vertreter der Außen- und Sicherheitspolitik aus Deutschland, der Türkei, den USA, Israel und Ungarn diskutierten sicherheitspolitische Themen wie Verteidigungsstrategien, Terrorismus und seine Bekämpfung, globalen Extremismus, geopolitische Machtverschiebungen im Nahen und Mittleren Osten sowie im Mittelmeer. Die Zukunft transatlantischer Beziehungen mit Fokus auf Russland und die Zukunft der NATO sowie Sicherheitsszenarien in der MENA-Region waren weitere Inhalte der Konferenz.

GLOBSEC BRATISLAVA FORUM 2017

Zum zwölften Mal haben sich in der slowakischen Hauptstadt Staats- und Regierungschefs, Minister, Parlamentarier sowie Sicherheitsexperten getroffen, um über außen- und sicherheitspolitische Entwicklungen in Europa und der Welt zu diskutieren. Die KAS beteiligt sich als Partner am jährlichen GLOBSEC-Forum in Bratislava. Die Teilnahme von EU-Ratspräsident Donald Tusk sowie der Staatsoberhäupter Polens, Kroatiens, Estlands und der Slowakei unterstreicht das hochkarätige Teilnehmerfeld sowie die mitteleuropäische Perspektive der GLOBSEC. Die internationale Sicherheitskonferenz, zu der sich in diesem Jahr 1.300 Teilnehmer aus 70 Ländern einfanden, hat sich zu einem Forum für globale und insbesondere transatlantische Sicherheitsfragen entwickelt. Die diesjährige Zusammenkunft stand im Zeichen der Debatte um die Zukunft der NATO nach dem Treffen der Staats- und Regierungschefs im Mai. Weitere Themen waren die Lage im Nahen Osten, die andauernde Instabilität in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU sowie technologische Entwicklungen als Treiber der Zukunft in Politik und Sicherheit.

KAS-Sicherheitsexperte Dr. Patrick Keller moderierte das Panel zur europäischen Verteidigungspolitik.



POLITISCHER DIALOG

„ASIA-EUROPE COUNTER-TERRORISM DIALOGUE 2017“ ZEIGT GROSSES POTENZIAL FÜR KOOPERATION

„Wir müssen verstehen, dass auch ein militärischer Sieg über den sogenannten Islamischen Staat nicht das Ende der Organisation bedeuten wird“. Mit diesen mahnenden Worten wandte sich Dr. Ole Diehl, Vize-Präsident des Bundesnachrichtendienstes, an die Teilnehmer des diesjährigen Asia-Europe Counter-Terrorism Dialogue, der vom 17. bis 19. Mai unter dem Titel „The Decentralization of Daesh“ in Berlin stattfand. Organisiert wurde er vom Regionalprogramm Politikdialog Asien der KAS und dem International Centre for Political Violence and Terrorism Research an der S. Rajaratnam School of International Studies. Neben Dr. Diehl nahm auch Dr. Günter Krings MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, als hochkarätiger Hauptredner an der Veranstaltung teil. In dem geschlossenen Dialogformat waren sowohl die zentralen Terrorismusexperten Europas und Asiens vertreten als auch Vertreter von OSZE, Europol, der Europäischen Union und des UN-Sicherheitsrats. Zum Abschluss hatten die asiatischen Delegierten die Gelegenheit, sich mit deutschen Experten im Bundeskanzleramt auszutauschen.



Dr. Ole Diehl, Vize-Präsident des Bundesnachrichtendienstes

LIBANON – EINE ÜBERLEBENDE DEMOKRATIE?

Wenige Tage nach der umfassenden Wahlrechtsreform im Libanon kam der ehemalige libanesische Ministerpräsident Tammam Salam auf Einladung der KAS zu politischen Gesprächen nach Berlin. In seinem Vortrag in der KAS-Akademie brachte Salam seine Freude über die Reform zum Ausdruck und bezeichnete sie als „demokratische Errungenschaft“. Als besondere Bedrohung der libanesischen Demokratie nannte er die syrische Flüchtlingskrise. Die demografische Unausgewogenheit sei potenziell destabilisierend, allerdings stünde die große libanesischen Gastfreundschaft dem Aufkommen ausländerfeindlicher Gefühle entgegen.



Der libanesische Ministerpräsident a.D. Tammam Salam und Dr. Hans-Gert Pöttering



NEUE IMPULSE IM POLITISCHEN DIALOG MIT NEUSEELAND

Auf Einladung der KAS besuchte Volkmar Klein MdB, Vorsitzender der Deutsch-Australisch-Neuseeländischen Parlamentariergruppe, vom 7. bis 9. Juni Neuseeland für einen Dialog über die politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen beider Länder. Im neuseeländischen Parlament tauschte er sich u.a. mit Lindsay Tisch, dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten und Vorsitzenden der Neuseeländisch-Deutschen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe, und Außenminister Gerry Brownlee aus. Vor dem Hintergrund der Wahlen, die in beiden Ländern im September stattfinden, wurden die Folgen des Brexit sowie die sich weltweit verändernde strategische Landschaft und die Herausforderungen des Terrorismus thematisiert. Wirkungsmöglichkeiten der KAS im Südpazifik wurden mit der Pacific Cooperation Foundation diskutiert. Gesprächsrunden beim New Zealand Institute of International Affairs (NZIIA) mit Experten der Außen- und Sicherheitspolitik und bei der New Zealand German Business Association mit Vertretern der Wirtschaft rundeten das Programm ab.

IMPULSE FÜR DIE DEUTSCHE G20-AFRIKA-KONFERENZ



Thomas Silberhorn MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im BMZ

Am 11. Mai veranstaltete das Team Afrika südlich der Sahara der KAS die internationale Konferenz „Afrikas wirtschaftliche Transformation im Kontext der G20-Partnerschaft mit Afrika“, um Impulse für die deutsche G20-Afrika-Konferenz in Berlin im Juni zu setzen. Unter der Schirmherrschaft des African Center for Economic Transformation (ACET) wurden wichtige Akteure zusammengebracht, um konkrete Lösungskonzepte für die nachhaltige Entwicklung Afrikas zu besprechen. Thomas Silberhorn MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), präsentierte den Ansatz der Bundesregierung. Der ehemalige Unter-Generalsekretär und Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) und Präsident des ACET, Dr. Kingsley Y. Amoako, wies in seinem Vortrag auf eine langfristige Transformation als Schlüssel für die Stabilität in Afrika hin. Die Konferenz zeichnete sich durch intensive Fachdiskussionen zwischen Experten aus, deren Ergebnisse am Ende im Plenum präsentiert wurden.

Politischer Dialog in Neuseeland: der neuseeländische Minister für „Civil Defense“ Nathan Guy, der neuseeländische Außenminister Gerry Brownlee, Volkmar Klein MdB und Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin der KAS Australien und Pazifik, (v.l.)

POLITISCHER DIALOG ■

PALÄSTINENSERPRÄSIDENT MAHMUD ABBAS SPRICHT IN BERLIN ÜBER DIE ZUKUNFT DER ZWEI-STAAATEN-LÖSUNG

Während seines Deutschlandbesuchs hielt Mahmud Abbas, Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, am 23. März eine Rede zur Zukunft der Zwei-Staaten-Lösung in der Berliner Akademie der KAS. Dabei warb er erneut für den Frieden mit Israel und einen Palästinenserstaat innerhalb der Grenzen von 1967. Der Präsident unterstrich die guten Beziehungen zwischen den Palästinensern und Deutschland, von der Bundesregierung wünschte er sich jedoch eine noch aktivere politische Rolle im israelisch-palästinensischen Konflikt. Fast jeder zweite Palästinenser, so eine Umfrage der KAS, ist von vertrauensvollen Beziehungen zu Deutschland überzeugt. Dr. Hans-Gert Pöttering warb für einen neuen multilateralen Anlauf zum Frieden auf Basis der Zwei-Staaten-Lösung. Der Vorsitzende der KAS betonte, dass Deutschland sich nie für oder gegen die eine oder andere Seite positionieren werde. Vielmehr müssten Werte wie Menschenrechte, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität für alle Völker uneingeschränkt Gültigkeit haben.



Palästinenserpräsident Mahmud Abbas mit Dr. Hans-Gert Pöttering

31. ASIA-PACIFIC ROUNDTABLE IN KUALA LUMPUR

Experten und Politiker aus 26 Ländern kamen im Mai nach Kuala Lumpur, um die Sicherheitslage im asiatischen Pazifikraum zu diskutieren. Die zwei langjährigen Partner des Regionalprogramms Politikdialog Asien der KAS, das Institute of Strategic and International Studies Malaysia und das ASEAN-ISIS Think-Tank Network, versammelten hochrangige Teilnehmer, darunter ehemalige und amtierende Botschafter aus Singapur, Indien und Japan. Die Fachleute debattierten über traditionelle Sicherheitsthemen der Geopolitik der Großmächte, die zunehmende Militarisierung in der Region, die institutionelle Zukunft der ASEAN und die Auswirkungen des politischen Populismus auf die Stabilität demokratischer Systeme, über die Nico Lange, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Washington, referierte. Ferner behandelten diverse Panels Fragen der Digitalisierung und Cyberkriminalität, irregulären Migration und Wasserkonflikte. Mit Unterstützung der KAS konnten in Malaysia Synergien zwischen sicherheitsrelevanten Institutionen sowie zwischen akademischen und politischen Akteuren geschaffen werden.



Nico Lange, Leiter der KAS in Washington, D.C.



Matthias Meis (l.), Leiter des Referats Strategische Planung und Steuerung im BMZ, im Gespräch mit Dr. Steven Sokol (r.), Präsident des American Council on Germany

■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG

INSTITUTIONEN ALS SPIELREGELN DER INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Besonders in Zeiten des Wandels, der großen Umbrüche und auch der Krisen komme funktionsfähigen Institutionen als stabilisierende Faktoren in der internationalen Ordnung eine wichtige Rolle zu – so Matthias Meis, Leiter des Referats Strategische Planung und Steuerung im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bei seinem Vortrag auf einer gemeinsamen Veranstaltung des American Council on Germany (ACG) und der KAS am 4. Mai in New York. Der Druck auf multilaterale Organisationen wie UNO oder Weltbank werde angesichts aktueller komplexer Herausforderungen größer. Daher trete Deutschland entschlossen für eine Weiterentwicklung

bereits bestehender Institutionen ein. Dafür brauche es, so Meis, eine starke und einheitliche transatlantische Position. Auch das KAS-Büro in New York versteht Matthias Meis als einen sichtbaren Ausdruck verstärkten multilateralen Engagements Deutschlands: Diese Präsenz in New York, einem der weltweiten Zentren multilateralen Geschehens, ermögliche es, Informationen aus erster Hand zu erhalten und diese nach Deutschland zurückzuspielen. Der Politische Salon fand im Rahmen einer Delegationsreise deutscher Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und der NGO-Szene nach Washington, D.C. und New York statt, die von der KAS organisiert wurde.

AUFARBEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN VERGANGENHEIT IN SÜDOSTEUROPA

Die Konrad-Adenauer-Stiftung organisierte vom 11. bis 16. Mai in Albanien ein Studien- und Informationsprogramm mit dem Titel „Auf den Spuren der kommunistischen Vergangenheit“. Der öffentliche Diskurs über die kommunistische Herrschaft kann sich in den jungen Demokratien Südosteuropas bis heute nicht hinreichend Geltung verschaffen. Künstler und Kulturschaffende aus Albanien, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Litauen und dem Kosovo hatten die Möglichkeit, wichtige Erinnerungsorte in Albanien zu besuchen und sich somit auf die Spuren des kommunistischen Unrechtsstaats zu begeben. Ziel waren die Stärkung des historischen Bewusstseins in der Region durch künstlerische Reflexion der totalitären Vergangenheit, der Erfahrungsaustausch und der länderübergreifende Dialog.



Thomas Keller, Leiter der KAS Namibia-Angola, (2.v.r.) und Vertreter von FFF übergeben die Publikation der namibischen Premierministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila.

BUCHVORSTELLUNG

„TOWARDS OUR ALL-INCLUSIVE NAMIBIAN HOUSE“

Am 12. Juni wurde die neue Publikation des KAS-Auslandsbüros Namibia-Angola der namibischen Premierministerin Saara Kuugongelwa-Amadhila stellvertretend für Präsident Hage Geingob in den Räumlichkeiten des Alten Staatshauses in Windhoek offiziell übergeben. Die Übergabe krönte den mehr als einjährigen Entstehungsprozess der Publikation, welche aus einem gemeinsamen Projekt des Auslandsbüros und dessen langjährigen Kooperationspartners Forum for the Future (FFF) hervorgegangen ist. Das finale Dokument wurde erstmals am 23. März 2017 der Öffentlichkeit und den Medien vorgestellt und erhielt große Aufmerksamkeit. Erster Adressat der Ideensammlung ist die Regierung, nachdem Präsident Geingob 2015 den namibischen Staat als Haus darstellte, in dem kein Bürger ausgeschlossen ist. Im Rahmen der offiziellen Übergabe diskutierten Thomas Keller, Leiter der KAS Namibia-Angola, und zwei Vertreter des Kooperationspartners FFF einige der im Buch enthaltenen Ideen und Vorschläge mit der Premierministerin. Die Publikation wurde insgesamt sehr positiv aufgenommen und als wertvoller Beitrag zum Bau eines „All-inclusive Namibian House“ bezeichnet.



v.l.: Thomas Birringer, Teamleiter Naher Osten und Nordafrika der KAS, Dr. Gerhard Wahlers, Stellv. KAS-Generalsekretär, Adel al-Jubeir, Außenminister Saudi-Arabiens

SAUDI-ARABIENS AUSSENMINISTER DISKUTIERT DIE KRISE AM GOLF

Wenige Tage nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen Saudi-Arabiens und anderer arabischer Staaten zu Katar war der saudische Außenminister Adel al-Jubeir am 5. Juni zu Gast bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Im Rahmen eines Fachgesprächs mit Vertretern aus Politik, Think-Tanks, Medien und des diplomatischen Corps diskutierte al-Jubeir über die spannungsgeladene Lage am Golf. Eine harte Haltung legte er gegenüber Iran an den Tag, der die Region

DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG ■

gezielt zu destabilisieren versuche. Im israelisch-palästinensischen Konflikt hingegen zeigte er sich durchaus zuversichtlich, dass bei entsprechendem politischem Willen eine Lösung gefunden werden könne. Angesprochen auf die Vorwürfe, aus saudischen Quellen würde Terrorismus finanziert, räumte er Versäumnisse in der Vergangenheit ein. Mittlerweile seien aber entschiedene Maßnahmen ergriffen worden. Dies erwarte man nun von allen Staaten in der Region, einschließlich Katar.

TUNESISCHER THINK-TANK ZU GAST IN BRÜSSEL UND BERLIN

Die Bedeutung politischer Analysen für Entscheidungsfindungsprozesse wurde bisher von den verschiedenen Regierungen seit der Revolution in Tunesien vernachlässigt. Zu sehr vertraute man dem Urteilsvermögen Einzelner. Professionalisierung und strategische Vernetzung der Think-Tanks Tunesiens sollen dies verbessern. Eine Vorreiterrolle möchte der KAS-Partner ITES, Think-Tank des Präsidentsamtes, einnehmen und als Vorbild für weitere Think-Tanks des Landes fungieren. Das Team Inlandsprogramme organisierte daher mehrere Gesprächstermine in Brüssel und Berlin für eine Delegation aus Führungskräften des Think-Tanks und Spezialisten in Regionalfragen. Sie konnten bei Gesprächen mit verschiedenen internationalen Organisationen und Think-Tanks Kontakte knüpfen und Inspiration für die Entwicklung eigener Netzwerke und Strukturen sammeln.



Die Delegation beim External Action Service in Brüssel

BESUCH DES VENEZOLANISCHEN PARLAMENTS DURCH CHARLES M. HUBER MdB

Anlässlich einer Reise durch Costa Rica, Panama und Venezuela nahm der Bundestagsabgeordnete Charles M. Huber am 25. Mai an einer Diskussionsveranstaltung mit 250 Teilnehmern im Plenarsaal der venezolanischen Nationalversammlung teil. Thema war die Rolle des Parlaments in einer Demokratie. Nachdem Huber die gängige Praxis aus Sicht des Bundestags wiedergegeben und dabei die Wichtigkeit der Rechte der Opposition für das Funktionieren einer Demokratie betont hatte, erläuterte Prof. Dr. Torsten Stein die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Gewaltenteilung und der Rechte des Parlaments im demokratischen System. Des Weiteren sprach der venezolanische Verfassungsrechtsexperte und KAS-Altstipendiat Dr. Jesús María Casal. In Venezuela sind die Rechte des Parlaments und die Gewaltenteilung derzeit außer Kraft gesetzt. Das Parlament, in dem das Oppositionsbündnis „Tisch der demokratischen Einheit“ seit den Wahlen 2015 eine absolute Mehrheit hält, ist ständigen Angriffen und Blockaden durch die Regierung und den obersten Gerichtshof ausgesetzt.



Charles M. Huber MdB (2.v.l.), Dr. Jesús María Casal, juristischer Berater der venezolanischen Nationalversammlung, (3.v.l.) und Dr. Torsten Stein, Professor für Völker-, Europa- und Verfassungsrecht, (4.v.l.) im Plenarsaal der venezolanischen Nationalversammlung

■ DEMOKRATIE UND ENTWICKLUNG



COSTA RICA:

NATIONALKONGRESS „EDUARDO ORTIZ ORTIZ“ ZUM THEMA STADTRECHT

Am 6. und 7. Juni organisierte die Anwaltskammer von Costa Rica in Zusammenarbeit mit der Stadt San José, dem städtischen Gemeindegemeinschaftsverband und der KAS den Nationalkongress „Eduardo Ortiz Ortiz“ zum Thema Kommunalrecht und Gemeindeverfassung. Ziel war, den derzeitigen Stand der kommunalen Autonomie sowie mögliche bzw. notwendige Reformen eingehend zu analysieren. Die Veranstaltung richtete sich an Mitglieder der örtlichen Gebietskörperschaften, Richter der ersten Kammer des Obersten Gerichtshofs und der Verwaltungsgerichts-

barkeit, Berater der örtlichen Verwaltungsorgane sowie Prozessanwälte und Studierende der juristischen Fakultäten. Knapp 500 Interessenten beteiligten sich an der Veranstaltung. Mit Dr. Matthias Hartwig (Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht) war ein ausgewiesener Experte der deutschen Kommunalautonomie eingeladen. Sein Beitrag war für die vergleichende Analyse der geltenden Rechtsregeln in Costa Rica und Deutschland bedeutend, insbesondere hinsichtlich der Kontrollen im administrativen Recht der Stadtregierungen.

IV. TREFFEN DER MESA DE UNIDAD DE ACCIÓN DEMOCRÁTICA

WEGE FÜR EIN DEMOKRATISCHES KUBA

Vom 26. Juni bis 1. Juli fand in Mexiko das vierte Treffen der Mesa de Unidad de Acción Democrática (MUAD), eines Zusammenschlusses von Organisationen der unabhängigen Zivilgesellschaft und politischen Opposition Kubas, unter dem Titel „Caminos para una Cuba democrática“ statt. Die Mehrzahl der MUAD-Mitglieder stammt aus Kuba, 21 von ihnen verwehrt das Castro-Regime die Ausreise, obwohl die Betroffenen im Besitz gültiger Reisepapiere waren. Teilweise wurden sie vor ihrem Haus oder auf dem Weg zum Flughafen festgenommen oder ihnen wurde die Ausreise am Flughafen selbst verwehrt. Diese Reaktion der Castro-Diktatur zeigt, dass die Mitte 2015 gegründete MUAD ernst genommen wird und an Bedeutung gewinnt. Auch der ehemalige Präsident Mexikos, Felipe Calderón, setzte mit seiner Teilnahme ein klares Zeichen für die Bedeutung des Prozesses. Trotz allen

Widerstands wurde das Treffen zum Erfolg und die MUAD machte deutlich, dass sie ihre Arbeit für ein freies und demokratisches Kuba unbeeindruckt fortsetzen wird.



ANTIPERSONENMINEN IN KOLUMBIEN

DER VERSTECKTE KRIEG

Gemeinsam mit der Fundación Prolongar und dem Centro Nacional de Memoria Histórica stellte die KAS Kolumbien im April den ersten umfassenden Bericht über Antipersonenminen in Kolumbien vor. Obwohl das Land bis 2016 die zweithöchste Anzahl von Minenopfern weltweit aufwies, herrscht in der Gesellschaft immer noch sehr viel Unkenntnis über das Thema.

Die Publikation beruht auf Zeugenaussagen ziviler und militärischer Opfer. Analysiert werden nicht nur die Folgen für die Minenopfer selbst, sondern auch die Auswirkungen auf deren Familien sowie ganze Regionen. Die Publikation erscheint in einem historischen Moment für Kolumbien, da sich nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags ein Ende des bewaffneten Konflikts abzeichnet. Auch ist sie ein wichtiges Instrument für die Public Policies, um die Debatte über die Minenproblematik im Post-Konflikt zu vertiefen. Sie leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Verwirklichung des Plans der Regierung, Kolumbien bis 2021 in ein minenfreies Land zu verwandeln.



v.l.: Dr. Hubert Gehring, Leiter der KAS Kolumbien, Gonzalo Sánchez, Direktor des Zentrums für Historische Erinnerung (CNMH), und María Elisa Pinto, Direktorin der Fundación Prolongar und Koordinatorin des Berichts

NACHHALTIGES SANTIAGO – ERSTE KLIMAWOCHE DER KAS IN CHILE



Carolina Goic, Senatorin und Präsidentschaftskandidatin der christdemokratischen Partei Chiles (PDC), bei der Klimawoche der KAS in Santiago de Chile

„Santiago Sustentable“ – unter diesem Motto fand vom 13. bis 16. Juni die erste Klimawoche der Konrad-Adenauer-Stiftung in Santiago de Chile statt. Neben mehr als 450 Schülern, die an den insgesamt zehn Workshops teilnahmen, meldeten sich über 1.000 Besucher für die täglich stattfindenden Konferenzen

sowie die parallel verlaufende Nachhaltigkeitsmesse an. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem chilenischen Partner Ahu Newen und zahlreichen weiteren Unterstützern unter der Schirmherrschaft des chilenischen Umweltministers, Marcelo Mena, sowie des deutschen Botschafters in Chile, Rolf Schulze, organisiert. Politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler, Unternehmer, Künstler, Vertreter der Zivilgesellschaft und Schüler kamen an vier Tagen zusammen, um sich über den Klimawandel und Konzepte der Nachhaltigkeit auszutauschen. Dabei wurden insbesondere die Folgen des Klimawandels für die Region thematisiert. Neben den Vertretern der chilenischen Landespolitik sowie kommunalen Vertretern Kolumbiens und Uruguays, die ihre Konzepte für eine nachhaltige Umweltpolitik vorstellten, überzeugten die Aktivisten vieler kleiner privater Initiativen, die wertvolle Beiträge für eine ressourcenschonende gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung leisten.

KASACHSTAN:

KONFERENZ ZU ENERGIEPOLITIK UND KLIMASCHUTZ IM RAHMEN DER EXPO 2017

Anlässlich der diesjährigen Expo, die noch bis zum 10. September unter dem Motto „Future Energy“ in Astana stattfindet, nutzte die KAS Kasachstan die Auftaktphase der Weltausstellung für eine energiepolitische Positionierung. Hierfür organisierte sie gemeinsam mit dem Regionalprojekt Energiesicherheit und Klimaschutz in Asien und Pazifik (REKAP) der KAS die

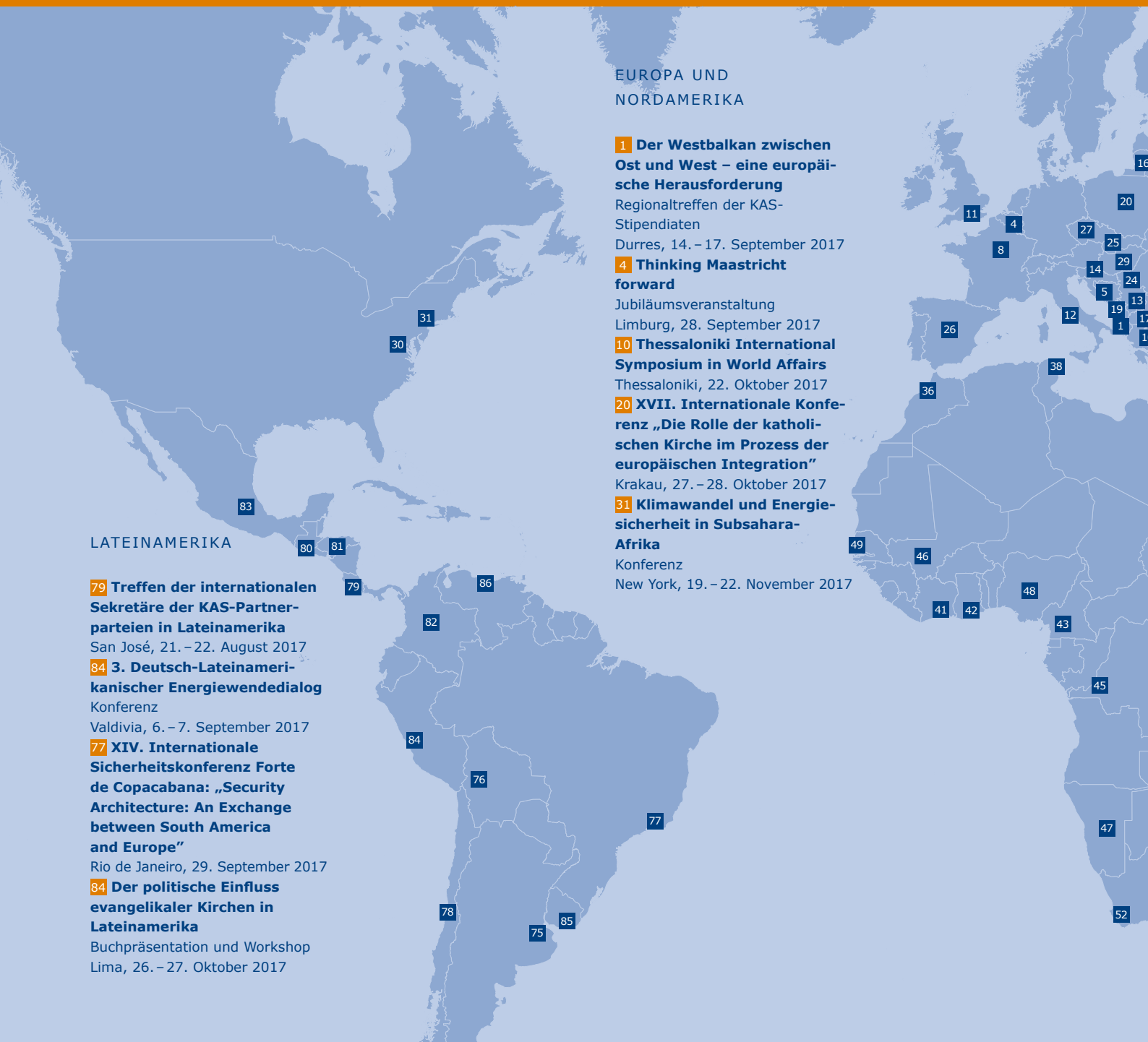
Konferenz „The Future of Energy Security: Conventional and Renewable Sources in the Aftermath of the Paris Agreement“ an der renommierten Nasarbarjew-Universität. In drei Panels wurden dort Fragen der Energiesicherheit in Asien erörtert und den in Paris vereinbarten Zielen zur CO₂-Reduzierung gegenübergestellt. Hierbei wurden sowohl die Perspektiven für eine verstärkte Nutzung Erneuerbarer Energien in Kasachstan diskutiert als auch sicherheitspolitische Herausforderungen in Bezug auf die Energieversorgung in Zentralasien und damit verbundene Lösungsansätze. Neben hochrangigen Experten aus Asien konnten auf deutscher Seite Dr. Joachim Lang, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Prof. Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre of Energy and Resource Security (EUCERS) am King's College London, und Dr. Hans Wolf von Koeller vom Stromerzeuger STEAG gewonnen werden.



Ausgewählte Veranstaltungen

(Die Zahlen im Quadrat ■ bezeichnen das verantwortliche Auslandsbüro, D eine Veranstaltung in Deutschland)

■ KAS-PANORAMA



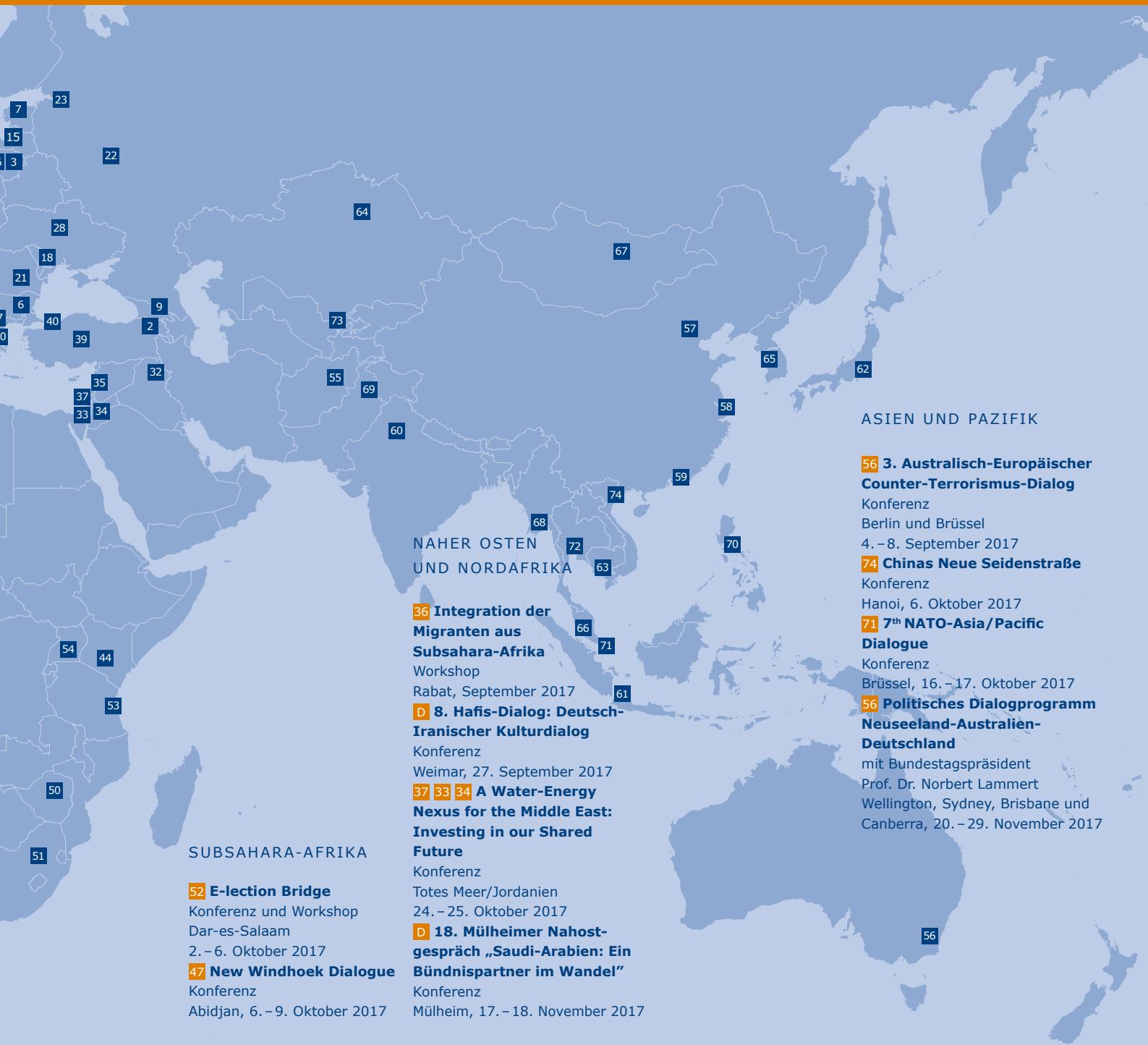
EUROPA UND NORDAMERIKA

- 1 Der Westbalkan zwischen Ost und West – eine europäische Herausforderung**
Regionaltreffen der KAS-Stipendiaten
Dures, 14. – 17. September 2017
- 4 Thinking Maastricht forward**
Jubiläumsveranstaltung
Limburg, 28. September 2017
- 10 Thessaloniki International Symposium in World Affairs**
Thessaloniki, 22. Oktober 2017
- 20 XVII. Internationale Konferenz „Die Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“**
Krakau, 27. – 28. Oktober 2017
- 31 Klimawandel und Energiesicherheit in Subsahara-Afrika**
Konferenz
New York, 19. – 22. November 2017

LATEINAMERIKA

- 79 Treffen der internationalen Sekretäre der KAS-Partnerparteien in Lateinamerika**
San José, 21. – 22. August 2017
- 84 3. Deutsch-Lateinamerikanischer Energiewendedialog**
Konferenz
Valdivia, 6. – 7. September 2017
- 77 XIV. Internationale Sicherheitskonferenz Forte de Copacabana: „Security Architecture: An Exchange between South America and Europe“**
Rio de Janeiro, 29. September 2017
- 84 Der politische Einfluss evangelikaler Kirchen in Lateinamerika**
Buchpräsentation und Workshop
Lima, 26. – 27. Oktober 2017

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **EUROPA UND NORDAMERIKA** 1 Albanien, Tirana; 2 Herzegowina, Sarajevo; 3 Bulgarien, Sofia (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien); 4 Estland, Tallinn; 5 Frankreich, Paris; 6 Georgien, Tiflis (Regionalprogramm); 7 Lettland, Riga (Auslandsbüro für die Baltischen Staaten und Skandinavien); 8 Litauen, Vilnius; 9 Mazedonien, Skopje; 10 Moldau, Chişinău; 11 St. Petersburg; 12 Serbien, Belgrad; 13 Slowakei, Bratislava; 14 Spanien, Madrid; 15 Tschechien, Prag; 16 Ukraine, Kiew; 17 Ungarn, Budapest; 18 USA, Washington; 19 Jordanien, Amman (Auslandsbüro und Regionalprogramm Golf-Staaten); 20 Libanon, Beirut (Auslandsbüro Libanon, Auslandsbüro Syrien/Irak und regionales Regionalprogramm Politischer Dialog südliches Mittelmeer); 21 39 40 Türkei, Ankara und Istanbul; **SUBSAHARA-AFRIKA** 41 Elfenbeinküste, Abidjan (Regionalprogramm Klimawandel in Subsahara-Afrika); 42 Kenia, Nairobi (Auslandsbüro, Programm zur Dezentralisierung und regionales Rechtsstaatsprogramm Subsahara-Afrika); 43 Johannesburg (Auslandsbüro und Regionalprogramm Medien) und Kapstadt; 44 Tansania, Dar es Salaam; 45 Uganda/Südsudan, Kampala; **ASIEN UND PAKISTAN** 46 Indien, Neu Delhi; 47 Indonesien, Jakarta; 48 Japan, Tokio (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Asien); 49 Pakistan, Islamabad; 50 Philippinen, Manila; 51 Singapur (3 Regionalprogramme: Politik, Medien und Rechtsstaat); 52 Thailand, Bangkok; 53 Usbekistan, Taschkent (Regionalprogramm Politische Partizipation Indigener in Lateinamerika); 54 Brasilien, Rio de Janeiro; 55 Chile, Santiago de Chile (Auslandsbüro und Regionalprogramm Subsahara-Afrika); 56 Mexiko, Mexiko-Stadt; 57 Peru, Lima (Auslandsbüro und Regionalprogramm Energiesicherheit)



1 Armenien, Eriwan 2 Armenien, Eriwan 3 Belarus (Bürositz: Litauen, Vilnius) 4 Belgien, Brüssel (Europabüro und Multinationaler Entwicklungsdialog) 5 Bosnien und Herzegowina (Regionalprogramm Politischer Dialog Südkaukasus) 6 Griechenland, Athen 7 Großbritannien/Irland, London 8 Italien, Rom 9 Kosovo, Pristina 10 Kroatien, Zagreb 11 Montenegro, Podgorica 12 Polen, Warschau 13 Rumänien, Bukarest (Auslandsbüro und Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa) 14 Russland, Moskau und New York (Auslandsbüro) und New York (Büro bei den Vereinten Nationen) | **NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA** 15 Irak, Erbil 16 Israel, Jerusalem (Rechtsstaatsprogramm Naher Osten/Nordafrika) 17 Marokko, Rabat 18 Palästinensische Gebiete, Ramallah 19 Tunesien, Tunis (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika und Sicherheitspolitischer Dialog Subsahara-Afrika) 20 Ghana, Accra 21 Kamerun, Jaunde (Regionalprogramm Energiesicherheit Westafrika) 22 DR Kongo, Kinshasa 23 Mali, Bamako 24 Namibia/Angola, Windhuk 25 Nigeria, Abuja 26 Senegal, Dakar 27 Simbabwe, Harare 28 Südafrika, Johannesburg 29 **ASIEN UND PAZIFIK** 30 Afghanistan, Kabul 31 Australien/Pazifik, Canberra 32 VR China, Peking und Shanghai 33 Hongkong (Regionalprojekt Energiesicherheit und Regionalprogramm Politischer Dialog Südosteuropa) 34 Kambodscha, Phnom Penh 35 Kasachstan, Astana 36 Republik Korea, Seoul 37 Malaysia, Kuala Lumpur 38 Mongolei, Ulaanbaatar 39 Myanmar, Rangun (Regionalprogramm Politischer Dialog Südosteuropa) 40 Vietnam, Hanoi | **LATEINAMERIKA** 41 Argentinien, Buenos Aires 42 Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika) 43 Costa Rica, San José 44 Guatemala, Guatemala-Stadt 45 Honduras, Tegucigalpa 46 Kolumbien, Bogotá (Regionalprogramm Politischer Dialog Südosteuropa) und Klimawandel Lateinamerika) 47 Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und Regionalprogramm Parteienförderung und Demokratie) 48 Venezuela, Caracas

■ EUROPAPOLITIK

DAVID MCALLISTER MdEP INFORMIERT SICH ÜBER DIE AKTUELLE SITUATION AUF ZYPERN



David McAllister MdEP beim Besuch der Pufferzone in Nikosia

David McAllister MdEP, der sich als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments intensiv mit der politischen Situation im geteilten Zypern beschäftigt, traf mit Entscheidungsträgern aus den türkisch- und griechisch-zyprischen Volksgruppen zusammen. Das zweitägige Programm wurde von der KAS Griechenland organisiert. Zu den Gesprächspartnern gehörten u.a. Averof Neofytou, Parteivorsitzender der DISY,

Ioannis Kassoulidis, Außenminister der Republik Zypern, sowie Andreas Mavroyiannis und Özdil Nami, die beiden Verhandlungsführer der griechisch- und türkisch-zyprischen Volksgruppen für die Wiedervereinigung Zyperns. Ferner besuchte McAllister die Pufferzone der Vereinten Nationen in Nikosia. Ziel des Dialogprogramms war, vor Ort einen Eindruck vom aktuellen Stand der Zypern-Verhandlungen zu erhalten. Zypern soll nach über 40 Jahren Teilung als bikommunale Föderation wiedervereinigt werden.

KROATIEN: VIELFALT UND INKLUSION IM SICHERHEITSEKTOR

Gemeinsam mit dem kroatischen Zentrum für Sicherheitskooperation (RACVIAC) veranstaltete die KAS vom 13. bis 14. März in Zagreb eine Konferenz zu Fragen der Vielfalt und Inklusion im Sicherheitssektor. Im Beisein des Generalstabschefs der kroatischen Streitkräfte, Dr. Mirko Šundov, und der NATO-Sonderbeauftragten für Frauen, Frieden und Sicherheit, Botschafterin Marriët Schuurman, wurde über die Herausforderungen durch die wachsende Diversität der Rekrutierungsbasis und die Notwendigkeit zur Inklusion in Sicherheitsorganen diskutiert.



v. l.: Zoran Pilčić, stellv. Verteidigungsminister, Brigadegeneralin Gordana Garašić, stellv. Direktorin RACVIAC, Dr. Mirko Šundov, Generalstabschef der kroatischen Streitkräfte, Botschafter Haydar Berk, Direktor RACVIAC, Botschafterin Marriët Schuurman, NATO-Sonderbeauftragte für Frauen, Frieden und Sicherheit, Brigadegeneralin Giselle M. Wilz, Kommandantin des NATO-Hauptquartiers in Sarajewo, und Dr. Michael Lange (KAS)



Prof. Dr. Norbert Lammert MdB, Bundestagspräsident und stellv. Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

REIMS: „LIEUX DE MÉMOIRE“

Die Bedeutung einer starken Allianz zwischen Deutschland und Frankreich für die Entwicklung Europas betonte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert in einer Rede, die er auf der ersten Deutsch-Französischen Literaturkonferenz am 7. April im Rathaus von Reims vor über 300 Gästen hielt. Europa sei heute die einzige Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Nur gemeinsam mit Frankreich könne es gelingen, Europa zukunftsfähig zu gestalten. Politiker, Wissenschaftler, Autoren und Studierende aus Deutschland, Frankreich und Österreich diskutierten über Erinnerungskultur, Kulturtransfer und Sprachpolitik in Europa sowie die Zukunft der deutsch-französischen Freundschaft. Prominente Teilnehmer der Konferenz waren u.a. der Vorsitzende der KAS und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering, sowie die Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer MdL. In der Universität SciencesPo Reims diskutierte der Ehrenvorsitzende der KAS und ehemalige Ministerpräsident Prof. Dr. Bernhard Vogel mit Studierenden aus Frankreich und Deutschland.



v.l.: Joachim Herrmann MdL, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, Moderator Peter Müller, Brüssel-Korrespondent „Der Spiegel“, und Sir Julian King, EU-Kommissar für die Sicherheitsunion

„FORUM INNERE SICHERHEIT“ IN BRÜSSEL

In der zweiten Sitzung des „Forums Innere Sicherheit“ am 29. Mai diskutierten internationale Experten in zwei Workshop-Sitzungen die Themen Profiling und Interoperationalität. Im Anschluss fand eine öffentliche Podiumsdiskussion mit EU-Kommissar Sir Julian King und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann MdL statt, bei der die Ergebnisse der Workshops schwerpunktmäßig aufgegriffen wurden. Dabei ging es vornehmlich um die Fragen, wie man den Datenaustausch zwischen den EU-Agenturen und Mitgliedstaaten verbessern kann, die Außengrenzen besser schützt und Gefährder besser entdeckt.



v.l.: Sybrand van Haersma Buma, Fraktionsvorsitzender der CDA, Hans Janssens, Leiter CDA-Kommunikation, Ivo Belet MdEP und Peter Altmaier MdB, Chef des Bundeskanzleramts

DEUTSCH-NIEDERLÄNDISCH-BELGISCHES TREFFEN ZU EUROPÄISCHEN FRAGEN

Am 9. und 10. Juni fand das 14. Deutsch-Niederländisch-Belgische Treffen zu europäischen Fragen in St. Gerlach statt. Gastredner waren u.a. Bundesminister Peter Altmaier MdB, die Staatssekretäre Jens Spahn MdB und Dr. Günter Krings MdB, der belgische Justizminister Koen Geens, der niederländische Fraktionsvorsitzende und Spitzenkandidat des CDA Sybrand van Haersma Buma sowie der belgische Parteivorsitzende der flämischen

Christdemokraten Wouter Beke. Folgende Themen wurden besprochen: „Die aktuelle politische Lage in Deutschland, den Niederlanden und in Belgien“, „In Zeiten von Terrorgefahr und Flüchtlingsbewegung – Fragen der Sicherheit und der gelingenden Integration“, „Quo vadis WWU? – Zwischen Eurozonenminister und griechischem Rettungspaket“ sowie „Die politische Agenda 2017: Vom G20-Gipfel zu den Wahlen – Rückblicke und Vorschau“.

EUROPAPOLITIK ■



v.l.: Paulo Portas, Dara Murphy, Lord Jonathan Hill, Mikuláš Dzurinda und Quentin Peel

„BREXIT BEGINS“ - WIE DAS SCHLIMMSTE VERMIEDEN UND DARAUS DAS BESTE FÜR BEIDE SEITEN GEMACHT WERDEN KANN

Die KAS in Großbritannien und Irland und das Wilfried Martens Centre for European Studies (WMCES) führten am 27. Juni einen Expertenworkshop und eine anschließende öffentliche Paneldiskussion in London durch. Im Fokus standen die Herausforderungen, denen Großbritannien und die EU27 in den Brexit-Verhandlungen gegenüberstehen. An der Diskussion nahmen Mikuláš Dzurinda, Präsident des WMCES und ehemaliger Ministerpräsident der Slowakei, Lord Jonathan Hill, ehemaliger EU-Kommissar, Dara Murphy, irischer Vize-Präsident der EVP, sowie Paulo Portas, ehemaliger stellvertretender Premierminister Portugals, teil. Die Moderation übernahm Quentin Peel (Chatham House). Lord Hill bedankte sich als britischer Teilnehmer bei den übrigen Rednern für eine „vernünftigere Debatte als sie normalerweise in London oder Brüssel gegenwärtig stattfindet“.

60 JAHRE RÖMISCHE VERTRÄGE

DIE STIMME DER JUNGEN GENERATION

Die Migrationskrise, die Krise in der Eurozone sowie die Fortentwicklung der Europäischen Integration sind nach Ansicht der Studierenden des „Observatoriums Deutschland-Italien-Europa“ der römischen Universität LUMSA und der KAS Italien die zentralen Herausforderungen, denen sich die EU stellen muss. In einem Positionspapier legten die Studierenden konkrete Handlungsempfehlungen und kreative Lösungswege dar. Diskutiert wurden diese am 27. April mit politischen Vertretern und Wissenschaftlern in Palermo. Im Juni hatten die Mitglieder des Observatoriums darüber hinaus Gelegenheit, ihre Empfehlungen mit Mitgliedern des Europaausschusses des italienischen Senats zu erörtern. Der Vorsitzende des Ausschusses, Vannino Chiti, zeigte sich beeindruckt von der Arbeit der Studierenden und schlug eine weiterführende Kooperation zwischen dem Ausschuss und dem Observatorium vor.



Welches Europa wünscht sich die junge Generation? OGIE-Studentin diskutiert mit Entscheidungsträgern in Palermo.

KRITISCHER BLICK AUF DIE EU-KUBA-BEZIEHUNGEN

„Wir brauchen einen ausgewogenen Ansatz für Kuba, aber wir sollten nicht naiv sein“. Mit diesen Worten drückte Manfred Weber MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion, seine Bedenken gegenüber den EU-Kuba-Beziehungen in einer hochrangigen Konferenz aus, die vom Multinationalen Entwicklungsdialo der KAS und von Reimer Böge MdEP am 25. April im Europäischen Parlament veranstaltet wurde. Der Sacharow-Preisträgerin und Leiterin der Damas de Blanco, Berta Soler, wurde die Teilnahme an der Veranstaltung durch die kubanischen Behörden untersagt. Dies offenbart den Mangel an echtem Engagement aufseiten der kubanischen Regierung hinsichtlich Demokratie und Zusammenarbeit mit der EU und zeigt, dass das Fehlen von Konditionalitäten in der derzeitigen Herangehensweise im Dialog korrigiert werden muss.

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG



Der ghanaische Präsident Nana Akufo-Addo wird von Dr. Hans-Gert Pöttering begrüßt.

GHANA ALS AUFSTREBENDER STERN

Im Zuge seiner Teilnahme an der G20-Afrika-Konferenz in Berlin am 12. und 13. Juni hielt der ghanaische Staatspräsident Nana Akufo-Addo die Gastrede „Ghana – A Rising Star in Africa“ in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ghana ist eines von sieben Compact-Ländern, in denen die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen mittels der „G20 Compact with Africa-Initiative“ verbessert werden sollen. Erklärtes Ziel des Staatspräsidenten ist es, Ghana in Zukunft „beyond aid“ auf eigene Füße zu stellen. Der Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert

Pöttering, betonte in seiner Begrüßung die Wichtigkeit einer qualifizierenden beruflichen Ausbildung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Der Besuch des Staatspräsidenten wurde von einer Delegationsreise von Vertretern des ghanaischen Bildungsministeriums und ghanaischer Wirtschaftsverbände flankiert, die das KAS-Auslandsbüro Ghana zusammen mit der AHK Ghana organisierte. Angeführt vom ghanaischen Bildungsminister Dr. Matthew Opoku Prempeh, informierten sich die Teilnehmer über das Modell der dualen Ausbildung in Deutschland.

NACHHALTIGE KONZEPTE FÜR AFRIKA



Diskussion im Bundestag über die afrikanische Wirtschaft

Im Rahmen der Reihe „G20 – Deutschlands Engagement für Afrika“ des Teams Afrika südlich der Sahara der KAS fand am 31. März im Deutschen Bundestag die Veranstaltung „Die Transformation afrikanischer Ökonomien – Eine Vorbedingung für wirtschaftliche Entwicklung“ statt. Mit Gastredner Dr. Kingsley Amoako, Direktor des African Center for Economic Transformation (ACET) und ehemaliger Unter-Generalsekretär und Exekutivsekretär der UN-Wirtschaftskommission, diskutierten die Teilnehmer, darunter Andreas Lämmel MdB, über die notwendige Umstrukturierung afrikanischer Wirtschaftssysteme. In den meisten ehemals boomenden Rohstoffökonomien Afrikas unterblieb eine Diversifizierung der Wirtschaft, sodass es nur in wenigen Fällen gelang, ein inklusives Wachstum zu erzeugen und Arbeitsplätze zu schaffen. Auch wenn Einigkeit darüber herrscht, dass die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) der Agenda 2030 nur durch eine Transformation der Ökonomien erreicht werden können, gibt es wenig konkrete Konzepte afrikanischer Regierungen. Die Entwicklung solcher Konzepte ist allerdings im deutschen Interesse, da externe Initiativen, wie der Marshall-Plan mit Afrika des BMZ, nur so erfolgreich sein können.

ASEAN FEIERT 50. GEBURTSTAG

Vor 50 Jahren gründeten Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur und Thailand die Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN). Mittlerweile sind fünf weitere Mitgliedstaaten hinzugekommen. Sowohl die Vergrößerung als auch aktuelle Bestrebungen hinsichtlich einer verstärkten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit verleihen dem Staatenbündnis zusätzliches Gewicht. Dies war Anlass für die KAS und die Diplomatic Academy of Vietnam, im Rahmen einer internationalen Konferenz in Hanoi die Charakteristika von ASEAN und insbesondere die aktuellen Entwicklungen und Trends in der Region eingehend zu untersuchen. Auf der einen Seite steht eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung, die jedoch auf der anderen Seite wachsenden Unsicherheiten ausgesetzt ist. Dazu gehören die Konflikte um das Südchinesische Meer und Nordkorea ebenso wie die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus. Auch die nach wie vor unklare Linie der Trump-Administration und der gleichzeitig zunehmende chinesische Einfluss bereiteten den Teilnehmern Sorge.



Experten aus sechs Mitgliedstaaten analysierten ASEAN aus unterschiedlichen Perspektiven.

DEUTSCH-TUNESISCHER DIALOG ZUM SOZIALPAKT

Auf Einladung des BMZ – mit Unterstützung der deutschen Botschaft, GIZ, KAS, FES und AHK – trafen sich Ende Mai Prof. Dr. Dieter Hundt und Michael Sommer zu einem Runden Tisch mit tunesischen Ministern, Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern in Tunis. Der Bey-Palast Kobbat Ennhas diente als Kulisse für den Erfahrungsaustausch zum Sozialpakt. In Tunesien ist seit einiger Zeit die Zusammenarbeit der gesellschaftlichen Kräfte ins Stocken geraten. Die deutschen Erfahrungen sollen helfen, die Ziele der Revolution von 2011 auf einen guten Weg zu bringen – vor allem die Beschäftigungsperspektiven zu verbessern und eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in allen Landesteilen zu fördern. Die Veranstaltung mit Prof. Dr. Dieter Hundt bildete den Auftakt für ein langfristiges Projekt der Kooperationspartner, das die Ziele des nationalen Dialogquartetts weiterverfolgt, um Frieden und Stabilität in Tunesien zu garantieren.



WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG ■

REGIONALINTEGRATION UND SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT IN LATEINAMERIKA

Auf der VII. Wirtschaftspolitischen Jahrestagung des SOPLA-Netzwerkes im mexikanischen Guadalajara diskutierten 30 Experten aus 13 Ländern über die Regionalintegration Lateinamerikas und die damit verbundenen Implikationen für die Etablierung einer Sozialen Marktwirtschaft (SMW) in der Region. In Lateinamerika fehlen für die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft noch immer grundlegende Voraussetzungen, wie eine funktionierende Wettbewerbsordnung oder eine klar festgelegte Rolle des Staates. Die meisten Teilnehmer blickten trotz dieser Beschränkungen zuversichtlich in die Zukunft. Der Ethikexperte Eugenio Yáñez betonte die Relevanz der KAS und deren Zusammenarbeit mit Politikern, Akademikern, Unternehmern und Gewerkschaften in Lateinamerika. Aller Schwierigkeiten zum Trotz sei ein deutliches Wachstum des SMW-Netzwerkes in Lateinamerika festzustellen. Damit, so Yáñez, sei die Soziale Marktwirtschaft nicht nur eine Hoffnung für Lateinamerika, sondern Lateinamerika auch eine Hoffnung für die Soziale Marktwirtschaft.



Die Mitglieder des SOPLA-Netzwerkes vor der historischen Casa Clavigero in Guadalajara, dem Tagungsort der VII. Wirtschaftspolitischen Jahrestagung

LUDWIG ERHARD & CO. AM AMAZONAS

POLITISCHE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER DISKUTIEREN ÜBER SOZIALE UND ÖKOLOGISCHE MARKTWIRTSCHAFT ALS WIRTSCHAFTSMODELL FÜR DIE AMAZONASREGION

Politische Entscheidungsträger, Vertreter der Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Journalisten aus Brasiliens Amazonasregion diskutierten auf einem einwöchigen Workshop im Juni in Santarém, inwiefern nachhaltige Wirtschaftsentwicklung für die Region neu gedacht werden kann. Als Grundlage der Diskussion diente das Wirtschaftsmodell der Sozialen und Ökologischen Marktwirtschaft, das von Dr. Marcus Marktanner (Kennesaw State University) vorgestellt wurde. Als Herausforderungen der Amazonasregion identifizierten die Teilnehmer die mangelhafte Infrastruktur und die großen Distanzen, die die Versorgung und wirtschaftliche wie politische Teilhabe der Bevölkerung erschweren. Zu den Lösungsvorschlägen zählten die Stärkung der Subsidiarität und die effek-

tive Durchsetzung grundlegender Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie Eigentums- und Haftungsrechte und Wettbewerb. Auch bestehende politische und rechtsstaatliche Institutionen sollten gestärkt werden. Welche Impulse die Soziale Marktwirtschaft konkret für die Region geben kann, werden die Teilnehmer in einem Policy-Paper analysieren.

Nélio Aguiar (Democratas), Bürgermeister von Santarém, berichtet von seiner Teilnahme am KAS-Dialogprogramm in Deutschland zum Thema Umweltpolitik.



■ WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG

„EUROPA IM WANDEL“

INTERNATIONALE KONFERENZ IN LEMBERG

Die Konferenz „Europa im Wandel – Literatur, Werte und Europäische Identität“ der Konrad-Adenauer-Stiftung findet alle zwei Jahre in den Metropolen Ost- und Ostmitteleuropas statt. Dieses Jahr war sie zum ersten Mal in der Ukraine zu Gast. In der Kulturhochburg Lemberg (Lwiw) kamen vom 6. bis 9. Juni Schriftsteller, Politiker und Wissenschaftler aus ganz Europa zusammen, um über Identität, Kultur und Politik zwischen Ost und West sowie die grenzübergreifende Rolle der Literatur und Sprache zu diskutieren. Vor den Gästen in der Lemberger Oper skizzierte Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert die Entwicklung des europäischen Integrationsprozesses, den er sowohl als historisch beispiellos als auch politisch beispielhaft charakterisierte. Der Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering, plädierte in seiner Festrede für eine integrative Identität für ganz Europa und gratulierte den Ukrainern zur visafreien Einreise in die EU, die im Juni 2017 in Kraft trat.



Prof. Dr. Vogel und Dr. Pöttering im Gespräch mit dem Lemberger Bürgermeister Andriy Sadowyj (v.l.)

An der Konferenz nahmen außerdem der KAS-Ehrenvorsitzende Prof. Dr. Bernhard Vogel, die Kölner Literaturprofessorin Dr. Birgit Lermen, Prof. Dr. Beate Neuss, stellv. KAS-Vorsitzende, sowie die Schriftstellerinnen Noémi Kiss und Marjana Gaponenko teil. Der ukrainische Schriftsteller Juri Andruchowytsh, dem 2016 die Goethe-Medaille verliehen wurde, stellte in einem Vortrag seine persönliche Sicht auf Mitteleuropa vor.

RELIGIÖSE TOLERANZ IM IRAK

WORKSHOP ZUR ROLLE VON IMAMEN IN DER ETHNISCH-RELIGIÖSEN AUSSÖHNUNG

Das Mosaik verschiedener religiöser und ethnischer Minderheiten war schon immer eine charakterisierende Eigenschaft der Gesellschaft im Irak und der Autonomen Region Kurdistan (ARK). In den vergangenen vier Jahren haben die Gräueltaten des sogenannten Islamischen Staates (IS) deutlich gemacht, welche verheerendes Ausmaß religiöse Intoleranz annehmen kann. Aufgrund ihres religiösen Prestiges, ihres besonderen Zugangs zur Gesellschaft und der Reichweite ihrer Predigten spielen Imame sowohl im interreligiösen Dialog als auch bei der friedlichen Koexistenz verschiedener Religionsgemeinschaften eine bedeutende Rolle. Vor diesem Hintergrund veranstalteten die Women Empowerment Organisation (WEO) und das KAS-Auslandsbüro Syrien/Irak am 15. Mai in Erbil einen Workshop zum Thema „Die Rolle von Imamen hinsichtlich der friedlichen Koexistenz

verschiedener Religionsgemeinschaften in der Autonomen Region Kurdistan“. Im Rahmen dieses Workshops wurden Imame darin bestärkt, religiöse Toleranz in ihren Predigten zu thematisieren und so das friedliche Zusammenleben in der ARK zu stärken.



Vertreter der Zivilgesellschaft und der muslimischen Gemeinde diskutieren über Möglichkeiten zur Stärkung der religiösen Toleranz im Irak.



*Dr. Hans-Gert Pöttering
mit Lehrerinnen und
Lehrern des Netzwerks
moderater Koranschulen
in Indonesien*

WERTE- UND RELIGIONSIALOG ■

KAS FÖRDERT MODERATEN ISLAM IN INDONESIA



*Während seines
Besuchs tauschte
sich Dr. Hans-Gert
Pöttering mit dem
Vizepräsidenten
der Republik
Indonesien, Jusuf
Kalla, u.a. über
aktuelle politische
Herausforderungen
und die Idee zur
Gründung einer
internationalen
islamischen Uni-
versität in Jakarta
aus.*

*V.l.: Jan Senkyr
(KAS Indonesien),
Dr. Gerhard
Wahlers, Stellv.
Generalsekretär
der KAS, Dr.
Pöttering und
Jusuf Kalla*

Seit mehreren Jahren führt die KAS in Indonesien in Zusammenarbeit mit dem Center for the Study of Religion and Culture (CSRC) der Staatlichen Islamischen Universität UIN Fortbildungskurse für Lehrer an Koranschulen (Pesantren) zur Förderung eines toleranten und moderaten Islam durch. Den Lehrern werden Kenntnisse der universellen Menschenrechte, die Bedeutung religiöser Toleranz und friedlicher Konfliktlösung sowie Argumentationshilfen gegen Extremismus vermittelt, die diese dann im Unterricht an ihre Schüler weitergeben. Von Januar 2015 bis Juli 2017 erhielt das Projekt eine Förderung der EU, mit der die Schulungen erheblich ausgeweitet werden konnten.

Auf diese Weise wurden über 1.000 Koranschullehrer gefördert und ein Netzwerk moderater Koranschulen in verschiedenen Provinzen der Insel Java gegründet.

Während seines Besuchs in Indonesien traf der Vorsitzende der KAS und ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Dr. Hans-Gert Pöttering, mit Vertretern des Netzwerks moderater Koranschulen zusammen. Bei einer Veranstaltung am 28. April in Jakarta diskutierte er mit Lehrerinnen und Lehrern der Koranschulen über Menschenrechte, die Unantastbarkeit der Menschenwürde und die Bedeutung religiöser Toleranz für das friedliche Zusammenleben der Völker und Religionen in Indonesien. Dr. Pöttering würdigte die Arbeit der Seminareilnehmer und sicherte die weitere Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung für das Projekt zu. Die KAS wird die Kurse für Koranschullehrer demnächst auch in Provinzen außerhalb von Java durchführen und verstärkt auf die Themen Deradikalisierung und Bekämpfung von Extremismus ausrichten. Neben dem CSRC und der Staatlichen Islamischen Universität wird die KAS in diesem Bereich auch mit dem indonesischen Innenministerium zusammenarbeiten.

MYANMARS ROHINGYA-PROBLEM: KAS-HINTERGRUNDANALYSE UND POLITIKEMPFEHLUNGEN

Einseitigkeit und fehlende historische sowie rechtliche Kenntnisse charakterisieren die Berichterstattung der meisten westlichen Medien im Zusammenhang mit dem Konflikt um die muslimische Rohingya-Minderheit in Myanmar. Oft suggeriert die Presseberichterstattung, dass, würde ihnen die Staatsangehörigkeit gewährt, das Problem gelöst sei. Dabei bleibt unbeachtet, dass es im Rakhine-Staat nicht nur um Fragen rechtlicher Natur geht, sondern der Gegensatz auf ein über Jahrzehnte gewachsenes Misstrauen zwischen der muslimischen und buddhistischen Bevölkerung zurückgeht. Im Auslandsbüro Myanmar der Konrad-

Adenauer-Stiftung entstand daher eine Hintergrundanalyse mit Politikempfehlungen zur Krisenbewältigung, die darauf hinwirken sollen, dass die gegenwärtige demokratische Transition Myanmars Bestand hat. Autorin ist Anchalee Miriam Rüländ, KAS-Altstipendiatin, die derzeit am European University Institute in Florenz zu Menschenrechtsfragen in Asien forscht. Ihre Analyse ist abrufbar unter:

<http://www.css.ethz.ch/en/services/digital-library/publications/publication.html/673d76b6-5964-479c-933d-8bbf05cfac41>

RECHTSSTAAT



Prof. Dr. Rupert Scholz, Mitglied des Kuratoriums der KAS, bei seiner Vorlesung an der Korea Universität

PROF. DR. RUPERT SCHOLZ IN JAPAN UND KOREA

Auf Einladung des Rechtsstaatsprogramms Asien und der KAS Korea nahm Bundesminister a.D. Prof. Dr. Rupert Scholz Ende März an einer Konferenz deutschsprachiger ostasiatischer Rechtswissenschaftler in Kyoto teil. Er referierte über den Grundrechtsschutz in der Europäischen Union und in Deutschland durch das Bundesverfassungsgericht, den EuGH und den EGMR. In Seoul führte Prof. Dr. Scholz Expertengespräche mit Mitgliedern der koreanischen Nationalversammlung zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen auf der koreanischen Halbinsel. In einer Sondervorlesung an der

Korea Universität vor ca. 400 Studierenden charakterisierte Prof. Dr. Scholz das Grundgesetz als Rahmen und Garanten für das Zusammenspiel der Verfassungsorgane und als eine Verfassung, die Konsistenz in den Grundwerten, aber Offenheit und Beweglichkeit für politische Entwicklungen gewähre. Im Anschluss wollten die Studierenden von dem international renommierten Verfassungsrechtler wissen, was „konservativ“ bedeute, wie in einer Großen Koalition politische Entscheidungen durchgesetzt würden und was von direkter Demokratie zu halten sei.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE RECHTSSTAATS-ENTWICKLUNG IN AFRIKA

Mit der Entwicklung der Rechtsstaatlichkeit in Sub-Sahara-Afrika befasste sich die Konferenz „The Rule of Law in Sub-Saharan Africa: Promises, Progress, Pitfalls and Prospects“, die das in Nairobi ansässige Rechtsstaatsprogramm der KAS zusammen mit der Universität Pretoria am 29. und 30. Juni durchführte. Im Fokus standen Themen wie das Verhältnis „Rechtsstaat – Demokratie“ und „Rechtsstaat – Innere Sicherheit“. Dr. Charles Fombad, Professor für Internationales und Vergleichendes Recht, beschrieb in seinem Eingangsstatement die derzeitige Krise der Rechtsstaatsentwicklung in der Region. Diese ist nicht nur eine Folge der häufig fehlenden Implementierung der Verfassungen, sondern auch des mangelnden politischen Willens, Rechtsstaatlichkeit herzustellen. Dort, wo die Demokratie unter Druck steht, nimmt zugleich auch die Rechtsstaatlichkeit ab. Ihr Mangel geht in der Regel auf eine Kultur des mangelnden Respekts vor den Rechtsnormen zurück. Nur durch Stärkung der Zivilgesellschaft, ein stärkeres

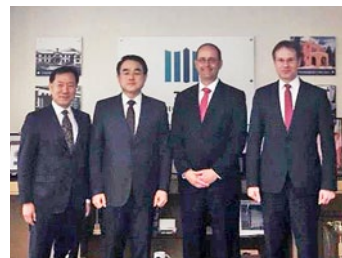
Engagement der Justiz in der Politik und die Intervention internationaler und regionaler Institutionen ist dieser Prozess aufzuhalten.



KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG IN DEUTSCHLAND UND KOREA

Der langjährige Berliner Justizstaatssekretär Alexander Straßmeir besuchte im April Seoul und die Hafenstadt Busan. Kernthema seines dreitägigen Aufenthaltes in

Korea waren die rechtlichen und praktischen Aspekte der Korruptionsbekämpfung. Im Anschluss an seine Sondervorlesung an der Dong-A Universität, die von rund 100 Studierenden und Professoren der Rechtswissenschaften besucht wurde, entwickelte sich eine Diskussion über Zielrichtung und Erfolgsfaktoren bei der Korruptionsbekämpfung. Darüber hinaus traf Straßmeir im Rahmen eines Expertengesprächs Strafrechtler verschiedener Universitäten Busans sowie den leitenden Staatsanwalt und Chef der Strafverfolgungsbehörden für die Region Busan. Die Teilnehmer der Runde waren sich einig, dass man künftig gerade im Bereich der Korruptionsbekämpfung voneinander lernen könne – und dazu insbesondere auch den Nachwuchskräften Einblicke in die Arbeit der Kollegen im jeweils anderen Land gewähren sollte.



v.l.: Prof. Dr. Ha Tae-young, stellv. Dekan der Rechtswissenschaften der Dong-A Universität, Cheol-gyu Hwang, leitender Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Busan, Alexander Straßmeir, Staatssekretär für Justiz a.D., Land Berlin, und Stefan Samse, Leiter KAS Korea



Die Ko-Organisatorinnen Cármen Lúcia Antunes, Präsidentin des Obersten Bundesgerichts Brasiliens, (Mitte) und Dr. Marie-Christine Fuchs, Leiterin des Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika, (l.) gemeinsam mit Richterin am BVerfG Dr. Sibylle Kessal-Wulf

RECHTSSTAAT ■

BRASILIEN: XXIII. VERFASSUNGSRICHTERKONFERENZ

Auf Einladung des Obersten Gerichtshofs Brasiliens und des Rechtsstaatsprogramms Lateinamerika der KAS fand vom 1. bis 3. Juni die XXIII. jährliche Konferenz der Verfassungsgerichtspräsidenten und Verfassungsrichter Lateinamerikas in Brasília statt. Das Leitthema der diesjährigen Konferenz lautete „Integrität und Unabhängigkeit der Justiz im Kampf gegen Korruption“. Nach dem Eröffnungsvortrag der Richterin am Bundesverfassungsgericht Dr. Sibylle Kessal-Wulf fanden Diskussionsrunden zu den Themen Sklaverei in der Moderne, Ethik und Best Practices in der Justiz, die Rolle der Verfassungsgerichte im Kampf gegen Korruption sowie Bedeutung und Funktion sozialer und wirtschaftlicher Grundrechte statt. Die Veranstaltung, an der u.a. Roberto Caldas, Präsident des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, José Ugaz Sánchez-Moreno, Präsident von Transparency International, sowie Roberta Solís (UNODC) teilnahmen, endete mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen „Abschluss-erklärung von Brasília“ durch die Verfassungsrichter.

PERU: MIT VEREINTE KRAFT GEGEN DIE KORRUPTION

Am 30. Mai luden die KAS Peru und das Institut für Sozialchristliche Studien (IESC) zum Forum „Der Kampf gegen die Korruption in Lateinamerika“ ein. Dr. Iván Velázquez, Beigeordneter Generalsekretär der Vereinten Nationen und Chef der Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala, unterstrich, dass der Kampf gegen die Korruption nur gewonnen werden könne, wenn Justizsystem und Zivilgesellschaft gemeinsam an einer „Kultur der Ehrlichkeit“ arbeiteten. Die Erfolge der Korruptionsbekämpfung in Guatemala seien ohne die Mobilisierung der Zivilgesellschaft nicht denkbar gewesen. Zudem rief Dr. Velázquez dazu auf, der Justiz die erforderlichen Befugnisse zu geben, um mit Hilfe moderner Technologie korrupte Netzwerke aufdecken zu können. Wo dies nicht möglich sei, müsse der gesetzliche Rahmen entsprechend angepasst werden. Dr. Duberlí Rodríguez Tineo, Präsident des Obersten Gerichtshofes von Peru, unterstrich die Notwendigkeit, illegalen Geldflüssen in Wahlkampfkassen einen Riegel vorzuschieben. Eine Reform der Wahlgesetzgebung sei in dieser Hinsicht entscheidend.

Dr. Iván Velázquez bei seinem Vortrag in Lima. Im Hintergrund: Dr. Duberlí Rodríguez, Präsident des Obersten Gerichtshofes Perus



GRÜNDUNG DES NATIONALEN KAPITELS BOLIVIEN DES INTERNATIONALEN INSTITUTS FÜR MENSCHENRECHTE

Im Mai unterstützte die KAS Bolivien gemeinsam mit ihrem Partner FUNDAPPAC die Gründung des nationalen Kapitels Bolivien des Internationalen Instituts für Menschenrechte (IIDH). Die Initiative zur Schaffung des bolivianischen Kapitels wurde von der Senatorin Mirtha Arce (UD) und der Abgeordneten Nelly Lenz (MAS) an die KAS herangetragen. Unter Beteiligung des Präsidenten des IIDH, Dr. Juan Carlos Febres Velásquez, wurden das Institut und seine Arbeit in unterschiedlichen Formaten (in der Gesetzgebenden Versammlung, der Universität Mayor de San Andrés sowie in einem internationalen Seminar) der bolivianischen Öffentlichkeit vorgestellt.



Vorstellung des IIDH im bolivianischen Parlament

MAROKKO UND DIE PROBLEME DES SEERECHTS

Gemeinsam mit der Faculté des Sciences Juridiques, Economiques et Sociales der Universität Rabat veranstaltete die KAS Marokko in diesem Frühjahr zum zweiten Mal ein Kolloquium über aktuelle Kontroversen im Seerecht. Ziel des Kolloquiums war es, sowohl einen Überblick zu geben über eigene Interessen und Bewertungsunterschiede in Marokko als auch die aktuellen Kontroversen zu verstehen, die auf internationaler Ebene in diesem Zusammenhang geführt werden. Einen ausgezeichneten Überblick über die internationalen Debatten bot Prof. Dr. Nele Matz-Lück, Inhaberin des Lehrstuhls für Internationales Seerecht und Ko-Direktorin des Walther-Schmücking-Instituts für Internationales Recht an der Universität Kiel. In den übrigen 16 Beiträgen wurden nicht nur juristische, sondern auch ökonomische, militärische und ökologische Fragen erörtert.

Offiziersanwärter mit Dr. Helmut Reifeld (KAS Marokko) und Prof. Dr. Matz-Lück



■ MEDIEN

IST FACEBOOK EIN POLITISCHES MEDIUM?

INTERNATIONALER ERFAHRUNGSAUSTAUSCH IN TUNESIEN

Revolution 2.0 – so wurde der „Arabische Frühling“ aufgrund der Vernetzung jugendlicher Aktivisten in Ländern wie Tunesien und Ägypten mehrfach betitelt. Diese Entwicklung hat sich verstetigt: In Tunesien nutzt knapp die Hälfte der Bevölkerung Facebook – deutlich mehr Menschen als auf dem restlichen Kontinent. Das soziale Netzwerk hat einen festen gesellschaftlichen Platz. Doch welchen Beitrag leistet Facebook im aktuellen politischen Kontext? Wissenschaftler verschiedener Disziplinen diskutierten die Erfahrungen aus Tunesien, Ägypten, den USA und Italien im Rahmen eines internationalen Kolloquiums der KAS Tunesien und der Vereinigung tunesischer Politikwissenschaftler (ATEP) Ende Mai.



Das Fazit: Bei allen Vorteilen der sozialen Medien für einen personalisierten Meinungsaustausch zwischen Bürgern und Politik dürften sie nicht als „neutrale“ Erweiterung des öffentlichen Raumes missverstanden werden.

Unter Moderation des Präsidenten der ATEP, Hatem M'Rad, (2.v.l.) diskutierten die Teilnehmer die politischen Dimensionen sozialer Netzwerke.

VIETNAM:

INVESTIGATIVER JOURNALISMUS MIT PULITZER-PREISTRÄGERIN

Investigativen Journalismus gibt es auch im kommunistischen Vietnam – unter systembedingt erschwerten Bedingungen zwar, mit allmächtigen Zensurbehörden und auch Selbstzensur der Journalisten, unter schwierigen finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen und oft ohne solides handwerkliches Journalistenrüstzeug. Dennoch sind Nischen vorhanden, in denen investigative Storys möglich sind, zum Beispiel bei der Aufdeckung lokaler Korruptionsfälle. Da die Sparte „Investigativer Journalismus“ in der Ausbildung jedoch vernachlässigt wird, besteht ein hoher Bedarf an Fortbildung, um beispielsweise die ethischen Grenzen von „Undercover“-Einsätzen auszuloten, rechtliche Risiken bewerten zu können, ein systematisches Vorgehen bei der Recherche zu erlernen und sich besser untereinander und international zu vernetzen. Im Mai gab daher die Pulitzer-Preisträgerin Deborah Nelson auf Einladung



Nelson (Mitte) und Co-Trainer Brune (r.) bei der Übergabe des Abschlusszertifikats

der KAS ein Intensivtraining für eine Gruppe von rund 25 Journalisten, die sich drei Tage vor allem mit den praktischen Aspekten der journalistischen Königsdisziplin beschäftigten.

NAMEN UND GESICHTER

**Dr. Alexander Brakel**

- Wird ab Oktober das KAS-Auslandsbüro in Israel leiten
- War zuvor stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik
- Kontakt: alexander.brakel@kas.de

**Georg Gafron**

- Leitet seit Juli das KAS-Auslandsbüro in Thailand
- War zuvor als geschäftsführender Gesellschafter für einen Kommunikationsdienstleister tätig
- Kontakt: georg.gafron@kas.de

**Dr. Malte Gaier**

- Wird ab November das KAS-Auslandsbüro im Libanon leiten
- War vorher Länderreferent im Team Naher Osten und Nordafrika
- Kontakt: malte.gaier@kas.de

**Maximilian Hedrich**

- Wird ab August das KAS-Auslandsbüro in Venezuela leiten
- War zuvor Leiter des Auslandsbüros in Bolivien
- Kontakt: maximilian.hedrich@kas.de

**Tim Peters**

- Leitet seit Juni das KAS-Auslandsbüro Ostukraine mit Sitz in Charkiw
- War vorher Länderreferent im Team Europa/Nordamerika
- Kontakt: tim.peters@kas.de

**Christoph Plate**

- Wird ab September das Medienprogramm Subsahara-Afrika leiten
- War zuvor als stellvertretender Chefredakteur einer regionalen Tageszeitung tätig
- Kontakt: christoph.plate@kas.de

**Hartmut Rank**

- Wird ab August das Rechtsstaatsprogramm Südosteuropa leiten
- War zuvor für die OSZE in der Republik Moldau tätig
- Kontakt: hartmut.rank@kas.de

**Dr. Annette Ranko**

- Wird ab August das KAS-Auslandsbüro in Jordanien leiten
- War zuvor wissenschaftliche Mitarbeiterin am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA)
- Kontakt: annette.ranko@kas.de

**Peter Rimmele**

- Wird ab August das KAS-Auslandsbüro in Indien leiten
- War zuvor Leiter des KAS-Auslandsbüros im Libanon
- Kontakt: peter.rimmele@kas.de

**Dr. Joachim Rother**

- Ist seit Juli als Trainee im KAS-Auslandsbüro in Israel tätig
- War vorher Länderreferent im Team Asien und Pazifik
- Kontakt: joachim.rother@kas.de

**Dr. Manuel Schubert**

- Wird ab August das Regionalprogramm Golf-Staaten leiten
- War zuvor Leiter des KAS-Auslandsbüros in Jordanien
- Kontakt: manuel.schubert@kas.de

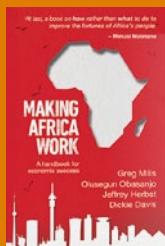
**Isabel Weininger**

- Wird ab Januar 2018 als Trainee im KAS-Auslandsbüro in der Ukraine tätig sein
- War zuvor Projektassistentin bei der Münchner Sicherheitskonferenz
- Kontakt: isabel.weininger@kas.de



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



MAKING AFRICA WORK – A HANDBOOK FOR ECONOMIC SUCCESS

Wie funktionieren afrikanische Ökonomien? Wie können Afrikas Kapazitäten für Wirtschaftswachstum nachhaltig verbessert werden? Welcher wirtschaftlichen Reformen bedarf es wirklich? Wie kann Stabilität erreicht werden? Diesen und vielen weiteren Fragen geht die Publikation „Making Africa Work – A Handbook for Economic Success“ des südafrikanischen KAS-Kooperationspartners The Brenthurst Foundation auf den Grund. An dem Buch wirkten neben Greg Mills, Leiter der Brenthurst Foundation, Dickie Davis, Jeffrey Herbst und der ehemalige nigerianische Präsident Olusegun Obasanjo mit.



KLIMAREPORT 2017: PRIVATSEKTOR UND KLIMAFINANZIERUNG IN DEN G20-STAATEN

Die G20-Staaten stehen für rund zwei Drittel der globalen Bevölkerung sowie für mehr als drei Viertel der Wirtschaftsleistung, des Handels und des CO₂-Ausstoßes. Als eine zentrale Zukunftsfrage steht der Klimawandel auf der G20-Agenda, auch als wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderung. Denn das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele erfordert entsprechende Investitionen des Privatsektors. Antworten auf die Frage, welche Bedeutung der Privatsektor für die Klimafinanzierung in den G20-Staaten hat, liefert der aktuelle Klimareport, den die KAS seit 2007 publiziert.



DER EINFLUSS CHINAS IN LATEINAMERIKA UND DER KARIBIK

Das Buch stellt einen tiefgehenden Beitrag zur Diskussion über den wachsenden Einfluss Chinas in der Region dar. Ausgangspunkt der Studie war ein internationales Forum, das im April 2016 in Kooperation mit der Universidad Javeriana in Kolumbien stattfand. Eine Gruppe von über 20 Experten und Akademikern, u.a. aus Kolumbien, China, Mexiko, Brasilien und Argentinien, analysiert die Art und Weise, wie China zunehmend Einfluss auf die wirtschaftlichen und strategischen Beziehungen in der Region gewinnt.



DEUTSCH-POLNISCHES BAROMETER 2017: DIE HALTUNG DER POLEN GEGENÜBER DER DEUTSCHEN POLITIK UND DEN DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN

In Zeiten einer „Abkühlung“ in den deutsch-polnischen Beziehungen gab die KAS Polen eine Umfrage zur Wahrnehmung der deutschen Politik innerhalb der polnischen Bevölkerung beim Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Auftrag. Wichtigste Erkenntnis der Umfrage ist, dass die Stimmung der offiziellen Beziehungen wenig Einfluss auf die Wahrnehmung der Befragten hat und diese gegenüber Deutschland weiterhin überwiegend positiv ist. Im Vergleich zu den Vorjahren ist jedoch die Zahl der Personen gestiegen, die angaben, keine Meinung zu den Schlüsselthemen deutscher und europäischer Politik oder den deutsch-polnischen Beziehungen zu haben.



BERICHT ZUR JUGENDSTUDIE: AUSWERTUNGEN ÜBER POLITIK, RELIGION, GESCHLECHTERGLEICHHEIT UND DIE ZUKUNFT

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung führte das renommierte Marktforschungsunternehmen GfK im Zeitraum zwischen März und April 2017 eine Jugendstudie innerhalb der Türkei durch. An der Studie nahmen 2.605 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 27 Jahren teil, die ihre Meinung zu verschiedenen Themen wie Politik, Religion, Gleichheit von Mann und Frau, Vertrauen in andere Länder und Institutionen sowie zu Zukunftserwartungen abgaben. Eines der wichtigsten Ergebnisse der Studie ist, dass die Mehrheit der befragten Jugendlichen sich mit den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen ihres Landes selten oder gar nicht beschäftigt. Weitere Ergebnisse können unter folgendem Link abgerufen werden: <http://www.kas.de/tuerkei-jugendstudie2017>